Daniel Siegel
Gemeinwohl-Ökonomie Tübingen

Gemein oder Gemeinwohl, das ist hier die Frage!

Ein fiktives Interview mit Mia Mustermensch im Jahre 2070. 40 Jahre nachdem die Gemeinwohl-Ökonomie eingeführt wurde:

Sehr geehrte Frau Mustermensch, sie haben noch die Zeit des Kapitalismus miterlebt. Was hat sich nach der Einführung der Gemeinwohl-Ökonomie verändert?

Da hat sich eine Menge verändert! Noch schlimmere Folgen der Klimakatastrophe konnten verhindert werden, die extreme Ungleichheit zwischen Arm und Reich ist samt der Ellenbogengesellschaft verschwunden. Darüber hinaus waren damals im KAPITALISMUS die Firmen am erfolgreichsten, die weder auf Natur und Ökosysteme noch auf die Menschen geachtet haben. Sie waren erfolgreich, wenn sie Arbeitsplätze abgebaut, ergo Kosten eingespart, und Umweltschäden für ihren Profit in Kauf genommen haben. So einen Wahnsinn gibt es heute zum Glück nicht mehr!

Die Wirtschaft im Kapitalismus ist immer weitergewachsen, auch wenn wir schon lange genug hatten. Die Wirtschaft ist deswegen immer weitergewachsen, da die Unternehmen gezwungen waren, immer mehr Geld zu verdienen. Das Einzige, was am Ende des Tages wirklich gezählt hat, war der steigende Profit, nicht das Wohl von Mensch und Natur. Schließlich ging es im Kapitalismus immer nur um die Vermehrung des KAPITALS. Das mussten sie entweder deswegen tun, weil das die Eigentümer*innen so wollten und weil die Unternehmen in gegenseitiger Konkurrenz zueinanderstanden. Hat ein Unternehmen weniger Profit erwirtschaftet, wurde es in der Regel von der Konkurrenz aufgekauft oder vom Markt verdrängt. Wenn die Wirtschaft als Ganze nicht wuchs, gab es Krisen. Denn dann konnten Unternehmen und Haushalte ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen, weil sie weniger Geld verdienen konnten. Haufenweise gingen die Unternehmen pleite und die Leute wurden arbeitslos. Im Kapitalismus war es nämlich nur in Krisenzeiten möglich, CO_2 einzusparen. So zum Beispiel die Corona-Pandemie, in der Millionen Menschen nicht reisen durften oder ihre Arbeit verloren haben, sodass kurzfristig weniger CO_2 ausgestoßen wurde.

Doch was genau hat zu einer Veränderung der Situation geführt?

Es gab zwei große Veränderungen. Die erste war die Einführung einer verpflichtenden Gemeinwohl-Bilanzierung. Die zweite ein anderes Eigentumsrecht an großen Firmen. Bei der Gemeinwohl-Bilanzierung geht es darum, dass Unternehmen alle zwei Jahre einen geprüften Bericht abliefern mussten, der gezeigt hat, was das Unternehmen zum Gemeinwohl beigetragen hat. Dafür wurden die Unternehmen dann dementsprechend belohnt oder eben nicht. So waren die im Vorteil, die viel zum Gemeinwohl beigetragen haben.

Das bedeutet, sie mussten über ihre Arbeitsbedingungen berichten, über ihren ökologischen Fußabdruck und darüber, ob die Mitarbeitenden im Unternehmen mitentscheiden dürfen. Dementsprechend, wie sie dabei abgeschnitten haben, wurden ihnen Punkte für ihre Gemeinwohl-Bilanz zugeschrieben: wurden die Produkte nachhaltig produziert, gab es mehr Punkte, als wenn sie das nicht gewesen wären. So bekommt zum Beispiel ein Handyhersteller viele Punkte in der Gemeinwohl-Bilanz, wenn er die Handys so baut, dass sie sehr lange haltbar und leicht zu reparieren sind. Je nachdem, wie viele Punkte das Unternehmen in der Gemeinwohl-Bilanz erreicht, muss es heute beispielweise weniger Steuern zahlen oder darf auf die Forschungsergebnisse der Universitäten zugreifen. Also: sogenannte ethische Unternehmen werden staatlich unterstützt und unethische haben einen Marktnachteil. Das hatte dann zur Folge, dass die fair und nachhaltig hergestellten Produkte günstiger angeboten werden konnten als die anderen.

Bio-Tomaten waren dann endlich günstiger als konventionelle Tomaten, die mit Pestiziden gespritzt wurden. Logischerweise haben die Bäuer*innen dann sehr schnell damit aufgehört, eine industrielle Landwirtschaft zu betreiben, die ohne Dünger und Pestizide nicht auskommt. Denn die strukturellen Bedingungen für ökologischen Anbau waren endlich gegeben.

Aber die Unternehmen waren dazu ja auch gezwungen. Hätten sie von Anfang an langlebige Handys produziert, wären ihre Verkaufszahlen und ihre Profite irgendwann gesunken, weil irgendwann alle ein Handy oder einen Drucker besessen hätten und niemand mehr ein neues Gerät gekauft hätte. „Fressen, oder gefressen werden“ hat man damals gesagt. Wie habt ihr dieses Problem in den Griff bekommen?

Unsere Lösung war die zweite große Änderung, die ich vorher angeschnitten habe: Die Änderung des Eigentumsrechts an großen Unternehmen. „Fressen oder gefressen werden“, das war zunächst der Status Quo. Denn Ziel des Kapitalismus war die Vermehrung von Geld bzw. Kapital. Daran konnte auch die Gemeinwohl-Bilanzierung nicht viel ändern, nur einige Korrekturen vornehmen. Auch wenn ökologischer produziert wurde, da dies Pluspunkte in der Gemeinwohl-Bilanz gab, mussten die Unternehmen trotzdem jedes Jahr einen höheren Profit erwirtschaften. Das hat dazu geführt, dass die Unternehmen nun vermehrt ökologisch nachhaltiger produziert haben. Das hat aber nichts an der Tatsache geändert, dass trotzdem viel zu viel produziert wurde. Nun halt ökologisch nachhaltiger. Das Ziel war nämlich immer noch Geld, bzw. Kapital, zu vermehren.

Ihr habt also den Kommunismus der Sowjetunion wieder eingeführt?

Auf keinen Fall, schließlich war die Sowjetunion nie wirklich kommunistisch! Es gibt in der Gemeinwohl-Ökonomie immer noch viele kleine Unternehmen, wie Werkstätten oder Bäckereien die Privatpersonen gehören. Die großen Unternehmen wurden auch nicht verstaatlicht. Sie wurden demokratisiert. Nicht der Staat ist Eigentümer, sondern die Belegschaft und die Unternehmen können nicht mehr verkauft werden. Viele Leute waren anfangs sehr skeptisch und wir mussten viel Überzeugungsarbeit leisten.

Ausbeutung und Umweltzerstörung waren also beides Symptome des Kapitalismus. Was habt ihr dann gemacht?

Wir haben den Kapitalismus an der Wurzel entfernt: wir haben eine Obergrenze für Reichtum eingeführt und große Unternehmen wie RWE gehören nun den Menschen, die dort arbeiten. Das hatte sehr weitreichende Folgen: da nun kein Mensch mehr als fünf Millionen Euro besitzen darf, sind die Unternehmen nicht mehr gezwungen, immer mehr zu produzieren, um immer höhere Profite für ihre Eigentümer*innen zu erwirtschaften.

Als die Arbeiter*innen von RWE dann selbst demokratisch über ihr Unternehmen entscheiden konnten, haben sie sich sehr schnell dafür entschieden aus der Braunkohle auszusteigen und widmen sich seitdem der ökologisch nachhaltigen Energieerzeugung durch Wind, Wasser und Sonne. So gelang es ihnen aber auch, den Wechsel zu erneuerbaren Energien so zu gestalten, dass niemand entlassen werden musste.

Dagegen haben sich vor allem milliardenschwere Konzerne gewehrt. Wie habt ihr diese Transformation trotzdem geschafft?

Der Weg war nicht leicht. Es hat lange gedauert bis sich Gewerkschafter*innen, Klimaaktivist*innen und andere Widerständige zusammengeschlossen haben, um der Macht von Großkonzernen etwas entgegenzusetzen. Erst die Solidarität mit allen aus der Gesellschaft ausgeschlossenen Gruppen wie Arbeitslose, Geflüchtete und prekär Beschäftigte hat den gesellschaftlichen Nährboden für eine Zukunft ohne Armut, Gewalt und Umweltzerstörung bereitet. Das hat funktioniert: Gemeinsam haben wir es geschafft, einen Demokratisierungsprozess in die Wege zu leiten. So konnten wir den Kapitalismus zu überwinden und den Planeten retten.

Diese Solidarität galt und gilt international. Denn der Kapitalismus hat schließlich global funktioniert. Abgeschafft wurde er aber immer nur innerhalb eines Staates. Wir konnten nämlich nur schlecht die Besitzverhältnisse von Unternehmen ändern, die ihren Sitz zum Beispiel in den USA hatten. Die globale Solidarität bestand darin, dass beispielsweise in Deutschland der Kapitalismus überwunden wurde. Denn es waren dort Unternehmen, wie die „Deutsche Bank", die die Länder im globalen Süden ausgebeutet hat.

Darüber hinaus durften dann nur noch Produkte mit einer guten Gemeinwohl-Bilanz aus anderen Ländern importiert werden. So hat sich die Gemeinwohl-Ökonomie auch international sehr schnell als eine lebenswerte Alternative zum Kapitalismus verbreitet. ◂

Anselm Schindler
Make Rojava Green Again

Solidarität mit Rojava!

Im Herbst 2019 ging ein Hilferuf der *Fridays for Future*–Gruppe (FFF) aus Qamischli um die Welt. Die mehrheitlich kurdische Stadt liegt im Norden Syriens an der Grenze zur Türkei und wurde zu diesem Zeitpunkt von der türkischen Armee und Islamistenbanden angegriffen. Und die Jugendlichen, die sich, wie überall auf der Welt, auch in Qamischli zusammengetan hatten, um gegen Naturzerstörung und Klimakrise vorzugehen, sahen sich plötzlich mit Panzern konfrontiert, die erst an der Grenze, und bald auch durch kurdische Städte in Nordsyrien rollten. Prompt solidarisierten sich in Deutschland und anderen Ländern FFF-Gruppen mit den Menschen in Rojava, wie der nördlichste Streifen Syriens von Kurd*innen genannt wird. Auch in Deutschland stellten sich junge Menschen und Teile der Klimabewegung gegen den Einmarsch der Türkei in Syrien.

Das stieß nicht überall auf Verständnis, sondern sorgte innerhalb von FFF auch für Diskussionen. Wenn Klima unser Kernthema ist, sollten wir uns darauf konzentrieren, anstatt uns auch noch andere Themen aufzuhalsen. Heruntergebrochen war das die Position der Teile von FFF, die der Solidarisierung mit Rojava und den Aktionen gegen den Krieg skeptisch gegenüberstanden. Diese Position ist in einer Welt, die von vielen Krisen gebeutelt ist und in der man sich jeden Tag einer neuen zuwenden könnte, verständlich. Trotzdem macht mensch es sich mit dieser Position zu einfach, denn die verschiedenen Krisen könnten nicht voneinander getrennt werden, weil sie gemeinsam auftreten, sich gegenseitig verstärken und ähnliche Ursachen haben.

Was hat also der Krieg gegen Rojava mit der ökologischen Krise zu tun und warum sollte sich eine Jugendbewegung, die fürs Klima auf der Straße ist, auch gegen Krieg stellen? Krieg zerstört Menschenleben und auch die ökologischen Überlebensgrundlagen: In Kriegen werden tonnenweise Schwermetalle und andere Giftstoffe freigesetzt. Es raucht und qualmt, Boden, Wasser und Luft werden mit chemischen Kampfstoffen und Uranmunition vergiftet. Nebenbei verursacht allein die Existenz von Armeen schon unheimliche ökologische Schäden – die US Army beispielsweise emittiert mehr Treibhausgase als das Land Portugal. Und Kriege töten nicht nur und zerstören nicht nur die Natur, sondern kosten auch Unsummen an Geld. Allein Deutschland gibt jährlich rund 45 Milliarden Euro fürs Militär aus, der zweitgrößte Haushaltsposten – und die Militärausgaben sollen weiter steigen. Global liegen die Militärausgaben bei jährlich rund 1,6 Billionen, eine Zahl mit zwölf Nullen. Was wohl möglich wäre, wenn die Staaten solche Summen für den Kampf gegen die Klimakrise ausgeben würden? (Mehr zum Thema findet ihr bei: Krieg und Klima).

Was ist da los in Rojava?

Nun gibt es hunderte bewaffnete Konflikte auf dieser Welt, wieso ist es ausgerechnet dieser Krieg des türkischen Regimes gegen Nordsyrien, der auch in Deutschland Menschen für Frieden auf die Straße treibt? Rojava gibt vielen Menschen Hoffnung auf eine solidarischere Welt. Denn seit 2012 gibt es in Rojava eine Revolution. Inmitten des syrischen Bürgerkrieges, der inzwischen ein internationaler Krieg zwischen imperialistischen Mächten ist, haben sich die Menschen in Rojava seit 2012 einen Freiraum erkämpft. Die kurdische Bevölkerung begehrte vor Allem deshalb auf, weil sie vom Assad-Regime jahrzehntelang unterdrückt worden war. Die Assads versuchten, wie andere arabische Nationalisten auch, ein homogenes Staatsvolk zu erzeugen, in das die Kurd*innen und andere Minderheiten ihrer Meinung nach nicht passten.

Der Aufstand, der 2012 im kurdischen Norden Syriens losbrach, war von Anfang an aber auch ein Aufstand der Frauen gegen das Patriachat, also gegen die allgegenwärtige Herrschaft und Dominanz von Männern. Schon vor 2012 wurden in der Illegalität autonome Frauenstrukturen aufgebaut, seit Beginn der Revolution übernahmen sie auch ganz offiziell wichtige Funktionen in der Gesellschaft. Seither werden in allen Stadtteilen, Dörfern und Straßenzügen Frauenhäuser aufgebaut, in denen Frauen zusammenkommen, um sich gegenseitig zu stärken und die Möglichkeit zu haben aus den starren Familienstrukturen auszubrechen. In den Frauenhäusern werden aber auch konkrete politische Entscheidungen getroffen, die dann in die basisdemokratischen Räte getragen werden. In den Räten wiederum gibt es Geschlechterquoten, die dafür sorgen sollen, dass Politik keine Männersache bleibt.

Die Frauen von Rojava kämpfen an vorderster Front gegen Islamistengruppen wie den IS, der Teile von Syrien und des Irak über mehrere Jahre hinweg besetzt hielt. Und es sind längst nicht mehr nur die kurdischen Frauen, die sich zusammentun, gemeinsam diskutieren und zur Waffe greifen, um ihre Körper und ihre Communities zu verteidigen: Es sind auch arabische, aramäische und türkische Frauen – die Liste ließe sich fortsetzen. Die Revolution in Nordsyrien ist längst nicht mehr nur eine kurdische, sondern eine Revolution für alle Menschen, die gegen Unterdrückung kämpfen. Und sie breitet sich seit Jahren auf andere Teile Syriens aus. Auf das arabische Raqqa, die ehemalige Hauptstadt des IS, oder auf christliche Städte wie Tell Tamr. Inzwischen umfassen die befreiten Gebiete rund ein Drittel Syriens, circa vier Millionen Menschen leben dort, viele von ihnen sind aus anderen Teilen des Landes dorthin geflohen.

Eine Alternative zu Kapitalismus und Nationalstaat

Die Demokratische Föderation Nordostsyrien, wie die selbstverwaltete Region seit einigen Jahren genannt wird, beweist dabei, dass die Menschen in Syrien trotz jahrzehntelanger Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen und kulturellen Gruppen in Frieden und Gleichberechtigung zusammenleben können. Sie beweist, dass es der Staat war, der die Menschen getrennt und gegeneinander aufgehetzt hat, um sie besser kontrollieren zu können. *Teile und herrsche* – dieses von römischen Herrschern ausformulierte Prinzip wenden Staaten und Regierungen noch heute an, um die Menschen zu unterwerfen. In Nordsyrien wurde dieses Prinzip gebrochen, weil die Menschen das Regime davongejagt haben, und ihr Leben selbst in die Hand nahmen.

Natürlich ist so eine Revolution keine Sache von einem Tag oder Jahr, sondern ein ständiger Prozess, der auch in Rojava erst begonnen hat. Und natürlich ist auch Rojava kein Paradies, in dem es keine Herrschaft und Gewalt mehr gibt. Was Rojava aber von den meisten anderen Teilen der Welt unterscheidet, ist, dass es dort viele Menschen gibt, die versuchen, neue Wege zu gehen. Es ist eine Gesellschaft im Aufbruch. Und das auch im wirtschaftlichen Bereich. In Rojava versuchen die Menschen, durch volkseigene Kooperativen eine Alternative zur kapitalistischen (Kapitalismus) Wirtschaft aufzubauen. Trotzdem ist auch Rojava nach wie vor eine Klassengesellschaft: Es gibt Leute, die Land besitzen, und Leute, die keines besitzen. Es gibt Leute, denen Produktionsmittel wie kleinere Fabriken gehören, nicht alle sind kollektiviert. Und es gibt schließlich einen Wirtschafts-Markt, der die Menschen in Konkurrenz zueinander setzt.

Von einer demokratischen Wirtschaft, in der die Produktionsmittel der Bevölkerung gehören und in der die Produktion demokratisch geplant wird, sind die Menschen in Nordsyrien noch weit entfernt. Trotzdem wird viel versucht, um eine nicht-kapitalistische Wirtschaft, die dem Menschen dient, aufzubauen. Und das nicht nur durch die Schaffung von Kooperativen, sondern auch durch Elemente sozialistischer Planung: Die Räte legen in vielen Bereichen die Preise für Dinge des alltäglichen Bedarfs fest, beispielsweise für Diesel, Mehl und Brot. Und teilweise übernimmt die Struktur von Kommunen auch die Versorgung mit lebensnotwendigen Dingen – anstatt es dem Markt zu überlassen, der ja überall auf der Welt zeigt, dass er die Versorgung der Menschen nicht ausreichend gewährleisten kann.

Eine ökologische Revolution?

Was hat das nun mit Ökologie zu tun? Und warum beschäftigen sich Jugendliche in Qamischli ausgerechnet mit Klimakrise und Müllsammeln, wo die Region doch noch ganz andere Probleme hat? Die kurdische Freiheitsbewegung, die 2012 den Anstoß zum demokratischen Aufbruch in Nordsyrien gab, beschäftigt sich schon seit vielen Jahren mit ökologischen Fragestellungen. Der wichtigste Vordenker der kurdischen Bewegung, Abdullah Öcalan, der seit rund 20 Jahren von der Türkei auf einer Gefängnisinsel festgehalten wird, hat Ökologie zu einer der Grundsäulen einer neuen, besseren Gesellschaft erklärt. Geht es nach Öcalan, kann eine ökologische Gesellschaft nur aufgebaut werden, wenn mensch sich gegen Patriarchat, Kapitalismus und Nationalstaat stellt. Warum? Weil Herrschaft auch immer Beherrschung und Zerstörung von Natur bedeutet – der Mensch sieht sich außerhalb der Natur stehend, stellt sich über sie und beutet sie aus, anstatt sich als Teil des globalen Ökosystems zu sehen. So untergraben wir unsere eigenen Lebensgrundlagen.

Veranschaulichen lässt sich diese Analyse anhand von konkreten Beispielen auch in Deutschland: Wenn RWE einen Wald abholzt, um den Boden für die Kohlegewinnung hunderte Meter tief aufzureißen, dann geschieht das auf bestimmten Grundlagen. Die Zerstörung der Natur und unserer Zukunft hat konkrete gesellschaftliche Ursachen: Diese Zerstörung fußt auf einer Wirtschaft, die nicht nachhaltig ist und den schnellen Profit einer langfristig sinnvollen Versorgung im Einklang mit den ökologischen Grundlagen vorzieht. Verwaltet wird diese Gesellschaft von einem Staat, der den Menschen die Luft zum Atmen nimmt, es dominieren zentralistische Systeme, die die Versorgung der Menschen mit Energie, Produkten und Dienstleistung monopolisieren.

In Rojava versucht man, all das anders zu machen. Die gesellschaftlichen Impulse sollen von der Basis ausgehen. Diese Basis gliedert sich in Kommunen: das sind Zusammenschlüsse von jeweils einigen Dutzend bis mehreren hundert Haushalten. Die Kommunen sollen möglichst viele Entscheidungen für sich selbst treffen, und sich materiell auch so gut es geht selbst versorgen. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Energie soll möglichst dezentral geschehen. Zudem gibt es konkrete Projekte, mit denen der ökologischen Zerstörung begegnet werden soll, vor Allem die Wiederaufforstung der Region spielt dabei eine wichtige Rolle.

Rojava ist in Gefahr

Doch der Aufbruch von Rojava ist zerbrechlich, und permanenten Angriffen ausgesetzt: Einerseits durch den Würgegriff des Assad-Regimes, und des mit ihm verbündeten Iran. Andererseits durch Angriffe der Türkei, die auch mit islamistischen Gruppen zusammenarbeitet. Auch Deutschland ist in den Konflikt involviert, denn Deutschland unterstützt die Türkei bei ihrer Besatzungspolitik. Die Panzer, die durch die kurdischen Gebiete rollen, stammen aus deutschen Fabriken, und an vielen Truppenfahrzeugen prangt der Mercedes-Stern.

Neben dem Krieg ist die ökologische Zerstörung zu einer existenziellen Bedrohung für die Demokratische Föderation geworden: Die jahrzehntelange systematische Entwaldung und die Weizenmonokulturen zehren die Böden aus, und verknappen das Wasser. Die Wasserknappheit ist zu einem drängenden Problem geworden – das gilt auch für die Gesundheitsversorgung, insbesondere was die Eindämmung des Coronavirus betrifft. Verstärkt wird dieses Problem von der kurd*innenfeindlichen Politik des türkischen Staates, der systematisch den Zustrom von Wasser durch den Fluss Euphrat mit Staudammprojekten zurückhält. Und auch der Klimawandel macht sich in Rojava bemerkbar. Es wird immer trockener: Landstriche, die früher noch grün waren, werden zur Steppe.

Internationale Solidarität aufbauen

Rojava zeigt exemplarisch, dass die Kämpfe für Frieden, Abrüstung und Klimaschutz zusammengehören. Und Rojava zeigt, dass es anders geht, zeigt, dass es demokratische Alternativen zum Patriarchat, zur kapitalistischen Wirtschaft und zentralistischen Verwaltung gibt. Es liegt auch an uns, Rojava zu unterstützen und zu verteidigen. Möglichkeiten dazu gibt es viele. Einerseits gibt es Organisationen und Projekte, die vor Ort konkrete Unterstützung leisten, wie beispielsweise die Ökologiekampagne *Make Rojava Green Again*, die gemeinsam mit den Strukturen vor Ort die Wiederaufforstung der Region vorantreibt und Bildungsangebote macht. Oder den Kurdischen Roten Halbmond *Heyva Sor*, der Flüchtlingscamps in der Region unterstützt und medizinische Hilfe leistet.

Andererseits ist es wichtig, auch hierzulande politischen Druck aufzubauen, denn Deutschland ist Kriegspartei: Der deutsche Staat hält der Türkei und ihrer Kriegspolitik in den kurdischen Gebieten in der Nato den Rücken frei und unterstützt den Türkischen Staat nicht nur mit Waffenlieferungen, sondern auch ökonomisch. Zudem verfolgen deutsche Behörden linke kurdische und türkische Oppositionelle auch in Deutschland. Beispiele dafür sind das PKK-Verbot (Arbeiterpartei Kurdistans), zahlreiche Verfahren gegen kurdische Linke, aber auch Repression gegen linke türkische Organisationen wie im Falle des TKPML-Prozesses in München.

Wie aber kann die Klimabewegung dabei helfen Druck gegen diese Politik aufzubauen? Um Antworten zu finden, hilft es, diese Frage gemeinsam mit fortschrittlichen migrantischen Bewegungen wie der kurdischen Freiheitsbewegung und linken türkischen Gruppen zu diskutieren. Ein Ansatzpunkt für eine starke Bewegung gegen Krieg und Naturzerstörung mit internationaler Perspektive ist Widerstand gegen diejenigen, die von Klimakrise und Krieg profitieren. In der konkreten Auseinandersetzung mit diesen Akteur*innen kann erprobt werden, was möglich ist, wenn sich verschiedenen Kräfte, die für Frieden und Ökologie kämpfen, verbinden.

Glossar

*| Asterisk

Das Sternchen (der Asterisk) zwischen der maskulinen und femininen Wortendung steht für *all Gender*. Das Wort *Aktivist*innen* steht daher sowohl für weibliche und männliche Personen, die Aktivismus betreiben, als auch für Menschen anderen Geschlechts oder jene, die sich keinem sozialen oder biologischen Geschlecht zuordnen wollen oder können (Intergeschlechtliche Personen, Non-Binaries, Transgenderpersonen etc.).

BIPoC

steht für *Black, Indigenous, People of Color* und ist eine Selbstbezeichnung von Menschen mit Rassismuserfahrung, die nicht als *weiß*, deutsch und westlich wahrgenommen werden und sich auch selbst nicht so definieren. (*Schwarz* und *weiß* sind dabei politische Begriffe und keine Adjektive, weswegen wir beide kursiv und *Schwarz* großschreiben)

Cis Mann | Cis Frau

Ein cis Mensch ist eine Person, die sich dem Geschlecht zugehörig fühlt, das ihr bei ihrer Geburt zugeteilt wurde. Die meisten von uns sind cis Menschen. Cis ist als Abgrenzung zu nicht-binären oder trans Geschlechtern zu verstehen.

Faschismus

Auch wenn faschistische Ideologie je nach Epoche und Ort teilweise unterschiedlich ausgeprägt ist, lassen sich einige wiederkehrende Merkmale faschistischer Ideologie feststellen. Zentral ist:

- völkischer Nationalismus, also das Abwerten von Menschen anderer Herkunft und das Erhöhen der eigenen Nation über andere
- ein autoritäres und antidemokratisches Führerprinzip (historische Beispiele dafür sind u. a. Hitler und Mussolini)
- das Festhalten an Privateigentum bei gleichzeitiger antikapitalistischer Hetze
- gesellschaftliche Minderheiten werden als Sündenböcke für Probleme dargestellt
- gewaltvolle Vergrößerung des eigenen Staatsgebiets

Im Falle einer Krise des kapitalistischen Systems erhalten FaschistInnen oft verstärkten Zulauf, im schlimmsten Fall ergreifen sie (historisch immer mit der Unterstützung konservativer Eliten) die Macht.
Quelle: Kühnl, R. (1971). Formen bürgerlicher Herrschaft: Liberalismus, Faschismus. Reinbek bei Hamburg: Rohwolt.

FINTA*

steht für **Frauen, Inter, Non-Binary, Transgender, Agender,*** und ist der Versuch einen Sammelausdruck für jene Personengruppe zu finden, die nicht cis-männlich ist und daher aufgrund ihres sozialen oder biologischen Geschlechts benachteiligt, unterdrückt und diskriminiert wird. Ausdrücke wie FLINT* (Frauen, Lesben, Intergeschlechtlich, Non-Binary, Trans,*), oder LGBTQI* (Lesben, Gay, Bisexuell, Trans, Queer, Inter, *) beziehen außerdem noch Personengruppen ein, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierungen benachteiligt und/oder diskriminiert werden (also auch homosexuelle Cis-Männer).

Frauen*

steht für alle Menschen, die sich als Frauen verstehen, unabhängig davon mit welchen biologischen Merkmalen sie geboren oder mit welchem sozialen Geschlecht sie sozialisiert wurden. Das gilt auch für Männer*.

Gender und Geschlecht

Gender kann auf Deutsch mit sozialem Geschlecht übersetzt werden. Das erweitert den herkömmlichen Geschlechterbegriff, der sich auf körperliche und hormonelle Merkmale zur Geschlechteridentifizierung bezieht, um eine soziale Komponente. Denn die Zuordnung zu einem Geschlecht beinhaltet mehr Kriterien als biologische Merkmale. Mittels der Vermittlung bestimmter geschlechtskonformer Eigenschaften, Verhaltensmuster, Vorlieben etc. werden Menschen zu einem von zwei Geschlechtern „gemacht". Gender lässt die Freiheit zu, dass Menschen nicht in zwei (binäre) Geschlechter – Mann und Frau – aufgeteilt werden. Das hat zur Folge, dass unser biologisches Geschlecht und die Aufteilung „männlich"/„weiblich" an Bedeutung verlieren (kann). In der praktischen Anwendung kann eine klare Abgrenzung beider Begriffe (Gender und Geschlecht) zueinander jedoch schwierig sein und ein Begriff wird stellvertretend für den anderen verwendet.

Genossenschaft

Heißt, dass ein Unternehmen den Menschen gehört, die dort arbeiten. Diese Unternehmen gehören sich selbst und können nicht aufgekauft werden.

Globaler Süden / Globaler Norden

„Mit dem Begriffspaar Globaler Norden / Globaler Süden wird [in der] vorliegenden [Broschüre] versucht, unterschiedliche Positionen in einem globalen Kontext zu benennen, ohne dabei abwertende Beschreibungen wie z. B. ‚entwickelt', ‚unterentwickelt' oder ‚Erste Welt', ‚Dritte Welt' zu verwenden und [...] zu reproduzieren. Diese Leseart geht weit über eine bloße geographische Einteilung der Welt hinaus [...]. Dabei können Menschen im Globalen Norden leben, aber zur Gruppe des Globalen Südens gehören und umgekehrt. [...]. Damit versuchen wir [...] in unserem (Schreib-)Handeln Machthierarchien aufzubrechen und den Fokus auf die gesellschaftliche, politische und ökonomische Benachteiligung bzw. Bevorzugung der jeweiligen Gruppe zu legen." (Natasha A. Kelly (Hg.) 2019: Schwarzer Feminismus. Grundlagentexte)

Alternativ zu dem Begriff Globaler Süden kann in diesem Kontext auch von MAPAs gesprochen werden. MAPA steht für *Most Affected People and Areas*. Damit werden ehemals kolonisierte und und historisch marginalisierte Gebiete und Bevölkerungsgruppe bezeichnet, die bis heute ausgebeutet und unterdrückt werden.

Intersektionalität

Der Begriff geht auf die Juristin Kimberlé Crenshaw zurück, zuvor beschrieb Audre Lorde bereits das Phänomen. Ursprünglich beschrieb Crenshaw damit in den 1980ern die Verschränkung von Diskriminierungsformen gegen *Schwarze* Frauen. Diese werden sowohl aufgrund ihres Geschlechts als auch wegen ihres Schwarzseins unterdrückt. Die Intersektionalitätsforschung verwendet heute für Analysen meist die drei Kategorien race, Klasse und Gender. Das bedeutet allerdings nicht, dass man verschiedene Unterdrückungs-, Differenz- und Herrschaftskonstrukte zusammenzählt/addiert. Vielmehr sind sie miteinander verwoben und beeinflussen sich gegenseitig. Intersektionalität kann zudem, außer den drei genannten noch viele weitere Diskriminierungsformen einschließen.

Kapital

„Normales" Geld nutzen wir täglich um Waren, zum Beispiel Essen, zu kaufen oder unsere Miete zu bezahlen. Kapital ist Geld, das sich vermehren soll und nur deswegen investiert wird. In dem Moment, wo Geld z. B. in eine Immobilie investiert wird, handelt es sich dabei um Kapital. Kapital vermehrt sich nicht von selbst, sondern durch die Ausbeutung der arbeitenden Menschen (hier: der Mieter*innen).

Kapitalismus

bezeichnet das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, in dem wir momentan leben. Ein Teil der Menschen („Kapitalist*innen") hat frei verfügbares Kapital und Produktionsmittel zur Herstellung von Waren. Ein anderer Teil der Menschen („Lohnabhängige"), hat dies nicht. Deswegen müssen sie ihre Arbeitskraft gegen Lohn an die Klasse der Besitzenden verkaufen. Ziel des Wirtschaftens ist nicht das Wohl der Gesellschaft, sondern die Vermehrung von Geld, Kapital und Macht.

Klassismus

ist eine Form der Diskriminierung, bei der Menschen bewertet und benachteiligt werden, weil sie wenig Geld haben, arbeitslos oder weniger gebildet sind (weil sie also einer anderen Klasse bzw. sozialen Schicht angehören – deshalb Klassismus). Vor allem meint der Klassismus die Abneigung Wohlhabender gegenüber ärmeren Menschen wie Arbeiter*innen, Arbeitslosen und ihren Familien.

Klimagerechtigkeit

betrachtet die Klimaerhitzung als ein ethisches und politisches Problem. Das heißt, die Klimakrise geht über eine bloße technische Herausforderung hinaus. So lassen sich globale Machtungleichheiten und Unterdrückung beschreiben und problematisieren.

Klimaneutralität

ist der Zustand, wenn ein Land/Kontinent/der Globus nur noch maximal so viele Treibhausgasemissionen produziert, wie durch Pflanzen kompensiert werden kann.

Klimanotstand

Konstanz rief im Mai 2019 den Klimanotstand aus und verpflichtete sich dazu bei lokalpolitischen Entscheidungen die Klimafolgen dieser Entscheidung immer mit zu berücksichtigen. Klimanotstand ist aber ein verwirrender Name: Die Assoziation zu den deutschen Notstandsgesetzen liegt nahe und man denkt schnell an Kriegszustände und autoritäre Regierungen. Dabei ist das gar nicht gemeint, sondern das Wort Notstand beschreibt einfach, dass es sich um eine akute Krise handelt, die schnelles und konsequentes politisches Handeln erfordert. Ein möglicher anderer Name für den Notstand wäre vielleicht Klimanotfall – das wäre weniger kontrovers, würde aber inhaltlich das gleiche transportieren.

Klimaschutz

bezeichnet verschiedene Maßnahmen, um der Klimaerhitzung zu begegnen und ihre Folgen einzudämmen oder zu verhindern.

mensch statt man:

Das Pronomen man nimmt im Deutschen viele verschiedene Funktionen ein. In der gesprochenen und geschriebenen Sprache baut es als Passivkonstruktion eine Distanz auf. Gelegentlich wird das man jedoch durch mensch ersetzt. Das liegt daran, dass in der Verwendung von man eine sprachliche Benachteiligung von FINTA*-Personen gesehen wird. Dieser Ersatz versucht Geschlechterneutralität zu schaffen. In dieser Broschüre haben wir den Autor*innen selbst überlassen, ob sie mensch statt man schreiben wollen, weshalb es nicht einheitlich verwendet wurde.

Marginalisierung

ist ein sozialer Vorgang, bei dem Bevölkerungsgruppen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und dadurch nur wenig am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilnehmen können.

Nachhaltigkeit

ist ein Handlungsprinzip zur Ressourcen-Nutzung. Dabei werden sozio-kulturelle, ökologische und ökonomische Ressourcen nur soweit ver- und gebraucht, dass sie auch zukünftigen Generationen in gleicher Qualität und Quantität zur Verfügung stehen. Durch die Bewahrung der natürlichen Regenerationsfähigkeit der beteiligten Systeme soll eine dauerhafte Bedürfnisbefriedigung gewährleistet werden.

Ökonomie

ist das, was wir vielleicht als das Wirtschaftsleben umschreiben können: das schier unglaublich komplexe Netz aus Firmen, die produzieren oder eine Dienstleistung anbieten und dabei Menschen anstellen, die mit dem Gehalt ihre Familien versorgen. Aber auch z. B. Banken, die Kredite und Darlehen für Zinsaufwendungen vergeben und Menschen, die mit Wertpapieren oder Anleihen handeln.

Ökonomik

ist die Wissenschaft von oder über die Ökonomie. Wissenschaftler*innen möchten hier verstehen, wie genau der Leitzins, die Arbeitslosigkeit und die Staatsausgaben zusammenhängen. Dazu bilden sie Theorien und forschen nach bestimmten Methoden.

Pariser Klimaabkommen

Auf der Pariser Klimakonferenz (COP21) im Dezember 2015 haben sich 195 Länder erstmals auf ein allgemeines, rechtsverbindliches weltweites Klimaschutzübereinkommen geeinigt. Dieses Übereinkommen soll die Erderhitzung auf „deutlich unter 2 Grad Celsius“ begrenzen und so einem gefährlichen Klimawandel entgegenwirken.

Patriarchat

Abgeleitet aus dem Griechischen bedeutet es so viel wie Vaterherrschaft und beschreibt in verschiedenen Gesellschaftstheorien ein soziales, politisches, familiäres oder anderweitig gesellschaftliches System, in dem Werte, Normen und Verhaltensmuster maßgeblich von cis Männern geprägt, kontrolliert und repräsentiert werden. Die zwangsläufige Folge ist eine Benachteiligung und Unterdrückung aller anderen Geschlechter. Sämtliche moderne Gesellschaften sind sind heutzutage patriarchal geprägt.

Postkolonialismus

Als Postkolonial werden ehemals kolonialisierte Länder vom Zeitpunkt ihrer Kolonialisierung bis heute bezeichnet. Der Begriff hat damit die wertende Bezeichnung der sogenannten „dritten Welt" abgelöst. Er soll zum einen auf die koloniale Geschichte von Gesellschaften, aber auch auf die bis heute andauernden hegemonialen Machthierarchien zwischen ehemals kolonialisierten Ländern und kolonialen Mächten/Kolonialmächten hinweisen. Die Auseinandersetzung mit (Post-)Kolonialismus ist deshalb wichtig, um die postkoloniale beziehungsweise neokoloniale Gegenwart zu verstehen. Zu dieser Gegenwart und ihren Problemen gehören zum Beispiel Rassismus, eurozentrische Denkweisen und die bereits genannten globalen Machthierarchien, die sich in der Gesellschaft und wirtschaftlichen Praktiken zeigen.

In wissenschaftlichen Diskursen wird über die Beschreibung hinaus oftmals bewusst keine Definition verwendet, da zu viele unterschiedliche Phasen, Epochen und Phänomene unter dem Begriff zusammengefasst werden. Auch wenn der Begriff es möglich macht über Kolonialismus und dessen Folgen zu sprechen, ist der Begriff problematisch, da er die beschriebenen Länder auf den Aspekt des Postkolonialismus reduziert und ihre generelle (weiter zurückreichende) Geschichte und Entwicklung in den Hintergrund drängt.

Reaktionär

ist ein Sammelbegriff für „rückschrittliche" gesellschaftliche Kräfte. Das heißt Kräfte, die gegen bereits erkämpfte emanzipatorische Errungenschaften kämpfen, wie z. B. die Emanzipation der Frau oder faire Tarifverträge.

Rojava

ist eine autonom verwaltete Zone in Nord- und Ostsyrien. Es ist kurdisches Gebiet. Inmitten des syrischen Bürgerkrieges haben sich die Menschen in Rojava seit 2012 einen Freiraum erkämpft. Dieser Krieg ist inzwischen ein internationaler Krieg zwischen imperialistischen Mächten. Die kurdische Bevölkerung begehrte vor allem deshalb auf, weil sie vom Assad-Regime jahrzehntelang unterdrückt worden war.

Beteiligte Gruppen

Cradle 2 Cradle Tübingen
Website: c2c.ngo/mitmachen/regionalgruppen/tuebingen/
Mail: tuebingen.rg@c2c-ev.de

Ende Gelände
Website: ende-gelaende.org
Mail: info@ende-gelaende.org
Instagram: ende_gelaende
Twitter: @Ende_Gelaende

Fridays for Future Stuttgart
Mail: stuttgart@fridaysforfuture.is
Instagram: fridaysforfuturestuttgart
Twitter: @fffstuttgart

Fridays for Future Tübingen
Website: fridaysforfuturetuebingen.de
Mail: fridaysforfuture.tuebingen@posteo.de
Instagram: fridaysforfuture_tuebingen

Gemeinwohl Ökonomie Tübingen
Website: web.ecogood.org/de/tuebingen
Mail: tuebingen@ecogood.org
FB: gwoetue

Informationsstelle Militarisierung
Website: imi-online.de
Mail: imi@imi-online.de
FB: IMI.FB
Twitter: @I_M_I

Make Rojava Green Again
Website: makerojavagreenagain.org/
Mail: makerojavagreenagain@riseup.net
Twitter & FB: @GreenRojava

Migrantifa for Future

Offenes Treffen gegen Faschismus und Rassismus in Tübingen und der Region (OTFR)
Website: otfr.noblogs.org
Email: otfr@mtmedia.org
Instagram: otfr_tuebingen
FB: OTFRtuebingen

Rethinking Economics Tübingen
Website: rethinkingtue.wordpress.com
Email: re.tuebingen@gmail.com
Instagram & Twitter: rethinking_tue
FB: Rethinking Economics Tübingen

United Colours of Change
Instagram: @unitedcoloursofchange

Impressum

V. i. S. d. P
Helene Helleckes
Lange Gasse 38, 72070 Tübingen

Redaktion
Mareike Andert, Helene Helleckes,
Caroline Kunz, Manjana Mertens

Druck

Gestaltung
gegenfeuer.net

Herausgeber
Fridays for Future Tübingen

Erste Auflage
X.000 Stück, Januar 2021

Kontakt
klimagerechtigkeit.broschuere@mtmedia.org

Bildnachweis
Unsplash: S. 22 – chloe s. | S. 25 – Lindsey LaMont | S. 26 – Aidan Cheung | S. 41 – Mika Baumeister | S. 45 – Nathan Dumlao | S. 68 – Mauro Mora
Pexels: S. 43 – Mathias P. R. Reding | S. 64 – Anna Shvets
NASA: Cover | S. 30

Eigentumsvorbehalt
Diese Broschüre bleibt bis zur Aushändigung an den*die Adressat*in Eigentum des*der Absender*in. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Broschüren sind unter Angabe von Gründen an den*die Absender*in zurückzusenden.

Nicht alle Texte spiegeln in allen Punkten die Meinung der gesamten Redaktion wider.

*Windräder bauen und E-Auto fahren reicht nicht, um die Lebensgrundlage für Menschen und Tiere zu retten. Weil Klimaschutz allein zu wenig ist, fordern Klimaaktivist*innen auf der ganzen Welt „Climate Justice“ – also Klimagerechtigkeit. Soziale und ökologische Dimensionen der Klimakrise müssen wir zusammen denken. Wir fragen, wie Rassismus mit Klima zusammenhängt, wie wir eine gerechte Welt für alle Menschen erreichen und wie wir eine Wirtschaft aufbauen können, bei der es um Mensch und Natur statt um Geld geht.*